



HESSISCHER LANDTAG

08. 07. 2014

Plenum

Antrag der Fraktion der FDP

betreffend Gefahren durch radikalen Islamismus begegnen - gemeinsames gesellschaftliches Signal setzen

Die Entwicklung des Salafismus, einer Form des radikalen und gewaltbereiten Islamismus, hat in Hessen ein besorgniserregendes Ausmaß angenommen: Er ist eine äußerst dynamische und eine der am schnellsten wachsenden islamistischen Strömung in Deutschland, die vor allem Jugendliche anspricht. Die Salafistenbewegung ist im Rhein-Main-Gebiet ständig präsent, sei es in Form öffentlicher Kundgebungen mit dem umstrittenen Prediger Pierre Vogel in Frankfurt und Offenbach, sei es durch die regelmäßigen Informationsstände auf der Frankfurter Einkaufsstraße "Zeil" im Rahmen der "Lies"-Kampagne. Ihren missionarischen Auftrag, der nicht weniger als die Durchsetzung der Scharia und die Einrichtung eines Gottesstaates in Deutschland beinhaltet, tragen Salafisten bis in die hessischen Schulen hinein. Die Szene steht zudem in enger Verbindung zu radikalislamistischen Terrororganisationen wie der ISIS (Islamischer Staat im Irak und Syrien), die derzeit einen großen Teil der arabischen Welt ins Chaos zu stürzen versucht.

Die direkten Folgen dieses missionarischen Vorgehens sind in Hessen bereits deutlich sichtbar geworden: Seit Monaten ziehen junge Männer - teilweise quasi direkt von hessischen Schulhöfen - in den "heiligen Krieg", beispielsweise nach Syrien. Nach Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden sind bereits etwa 320 radikale Islamisten aus Deutschland in den syrischen Bürgerkrieg gezogen, mehr als 20 von ihnen sind ums Leben gekommen - seit Dezember 2013 alleine vier junge Menschen aus Frankfurt. Zurückkehrende radikalislamistische Gotteskrieger aus Syrien sind kampferprobt, militärisch gut ausgebildet und zu terroristischen Straftaten in Deutschland fähig. Die Bundesanwaltschaft hat daher bereits gegen mindestens vier dieser Rückkehrer Haftbefehle erlassen. Auch die Schließung eines Jugendhauses der Arbeiterwohlfahrt im Frankfurter Stadtteil Gallus infolge des Übergriffs radikalislamistischer Salafisten auf Mitarbeiter hat landesweit Aufsehen erregt und gezeigt, dass die Szene nicht davor zurückschreckt, öffentliche Einrichtungen zu attackieren, um ihr freiheitsfeindliches Menschen- und Gesellschaftsbild durchzusetzen.

Der Salafismus zieht gerade Jugendlichen an, weil er scheinbar einfache Antworten auf schwierige Fragen des Lebens und der Gesellschaft geben kann, er gibt eindeutige Handlungsanweisungen für uneindeutige Situationen und Halt, wo sich viele haltlos fühlen. Um die Anziehungskraft zu brechen, ist es unerlässlich, die Motive für die Radikalisierung junger Menschen umfassend zu ergründen: Perspektivlosigkeit in schulischer oder beruflicher Hinsicht, das Gefühl, in der Gesellschaft aufgrund anderer - vermeintlicher oder tatsächlicher - ethnischer oder religiöser Herkunft nicht akzeptiert zu sein und die nachvollziehbare Suche nach Orientierung in der Entwicklungsphase der eigenen Persönlichkeit sind Faktoren, die bekanntermaßen die Indoktrinierung durch radikales Gedankengut, gleich welcher politischen oder religiösen Richtung, begünstigen. Dennoch gibt es kein verlässliches Muster, nach dem sich die für die Radikalisierung durch Islamisten anfälligen jungen Menschen einordnen lassen, denn der Zuspruch ist unabhängig von sozialer Herkunft, Bildungschancen und familiärer Zuwanderungsgeschichte, wie einzelne junge Konvertiten aus bürgerlichen, gebürtig deutschen Familien, die eine ganz andere Motivationslage aufweisen, zeigen.

Das Erstarken dieser radikalislamistischen Gruppe stellt eine massive Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung dar, denn Salafisten sind antidemokratisch, sie sind verfassungsfeindlich und sie wenden sich ganz explizit gegen unsere demokratische und pluralistische Gesellschaft. Der Hessische Landtag sieht es daher als gesamtgesellschaftliche Verantwortung, dieser Herausforderung für Demokratie und politische Bildung wirkungsvoll und entschieden zu begegnen.

Der Salafismus ist kein muslimisches Problem und darf nicht zu einem gemacht werden. Es ist unstrittig, dass sich die Musliminnen und Muslime, die hier friedlich leben und Teil unserer Gesellschaft sind, gegen diese Art der Interpretation ihres Glaubens und den Missbrauch für politisch-extremistische Zwecke verwahren. Die aus wenigen Tausend Personen bestehende salafistische Bewegung stellt in Relation zu der Gesamtheit der etwa vier Millionen Muslime in Deutschland eine absolute Minderheit dar. Deren Auftreten und die Prägung des radikalen Islamismus sind jedoch geeignet, das öffentliche Bild des Islams in Deutschland massiv negativ zu beeinflussen, Islamophobie Vorschub zu leisten und damit die gute Integration des weit überwiegenden Teils der Muslime als festem Teil der vielfältigen hessischen Gesellschaft zu konterkarieren. Aus diesem Grund ist es unerlässlich, eine fachlich fundierte und differenzierte Auseinandersetzung zu führen und Aufklärungsarbeit zu leisten, die keinen Platz für Stereotype und immer wieder vorgetragene Vorurteile lässt, sondern den Salafismus als gesamtgesellschaftliches Problem betrachtet. Es gilt strikt zu unterscheiden zwischen einem friedlichen, demokratischen Islam, dem die überwältigende Mehrheit der Muslime in Deutschland angehört, und dem Islamismus, der unfriedlich und in jedem Fall antidemokratisch agiert und dem der Salafismus zuzurechnen ist. Die hessischen Muslime sind daher ein wichtiger Partner in der Auseinandersetzung mit dem Salafismus und müssen in die Debatten aktiv einbezogen werden.

Die Bürgerinnen und Bürger, alle gesellschaftlichen Akteure wie Vereine, Glaubensgemeinschaften, aber auch Schulen sowie die Politik sind dazu aufgefordert, gemeinsam alle möglichen Maßnahmen zur Prävention zu ergreifen, um junge Menschen gar nicht erst in die Fänge der vermeintlichen geistlichen Führer geraten zu lassen und sie gegen Indoktrinierungsversuche zu schützen. Hessen hat mit dem bereits in der letzten Legislaturperiode eingeschlagenen Kurs in der Integrationspolitik und der Akzeptanz des Islams als Religion in Hessen durch Einführung des islamischen Religionsunterrichts den richtigen Weg eingeschlagen. Mit dem ebenfalls bereits in der letzten Wahlperiode angelegten weiteren Ausbau der Präventionsarbeit und dem angekündigten Präventionsnetzwerk gegen Salafismus hat auch die neue Landesregierung sinnvolle Maßnahmen angekündigt, um diesen Herausforderungen zu begegnen. Diese alleine werden die bereits bestehenden Probleme jedoch weder lösen noch die weiteren negativen Entwicklungen aufhalten können.

Ein wichtiger Schritt ist es daher, im breiten Dialog mit gesellschaftlichen Gruppierungen, Religionsgemeinschaften und Experten eine umfassende Situationsanalyse vorzunehmen. Die Botschaft ist hierbei eindeutig: Für Intoleranz und Feindschaft gegenüber dem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat ist in Hessen kein Platz.

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag führt im zweiten Halbjahr 2014 eine Fachanhörung unter dem Titel "Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Gesellschaft in Hessen gegen die Bedrohung des Rechtsstaates, junger Menschen und der freien muslimischen Religionsausübung durch radikalislamistische Strömungen als Herausforderung für Demokratie und Politische Bildung" unter Federführung des Innenausschusses und unter Beteiligung des Sozial- und Integrationspolitischen Ausschusses sowie des Kulturpolitischen Ausschusses durch.

Als Anzuhörende sollen in jedem Fall Sachverständige und Experten aus dem Bereich der Extremismusforschung, die muslimischen Religionsgemeinschaften analog zum runden Tisch zur Vorbereitung des islamischen Religionsunterrichts, die Träger von Jugendeinrichtungen in besonders betroffenen Städten, Vertreter der hessischen Lehrerschaft, des hessischen Kultusministeriums, der Polizei, der Verwaltung sowie des hessischen Verfassungsschutzes eingeladen werden.

Im Rahmen der Anhörung sollen insbesondere folgende Fragen erörtert werden:

- Was ist Salafismus? - Begriffsklärungen, theologische Positionen, einzelne Strömungen.
- Welche Prozesse der Sozialisierung, welche persönlichen und gesellschaftlichen Faktoren führen zu islamistischer Radikalisierung insbesondere bei jungen Menschen?
- Wie können Radikalisierungstendenzen, insbesondere in Schulen und Vereinen, frühzeitig erkannt werden? Was können die Schulen, Vereine, Träger von Jugendeinrichtungen und Glaubensgemeinschaften in Zusammenarbeit miteinander, aber auch mit den hessischen Sicherheitsbehörden, tun, um einer Radikalisierung frühzeitig entgegenzuwirken?
- Welche Möglichkeiten gibt es für Schulen, Vereine, Träger von Jugendeinrichtungen und Glaubensgemeinschaften, um einer bereits erfolgten Radikalisierung zu begegnen?
- Wie kann die Aufklärungsarbeit in der Jugendarbeit und in den Schulen verstärkt werden?

- Wie können die Erkenntnisse der fundierten Präventionsarbeit im Bereich des Islamismus weiterentwickelt und einer breiten Öffentlichkeit insbesondere den Schulen, Vereinen, Trägern von Jugendeinrichtungen sowie Polizei und Verwaltung zur Verfügung gestellt werden?
- Welche Folgen hat die derzeitige mediale Berichterstattung über radikalislamistische Gruppierungen für die Wahrnehmung des Islams und muslimischer Glaubensgemeinschaften in Hessen?

Die weiteren Verfahrensdetails sowie die abschließende Benennung der Anzuhörenden nehmen die beteiligten Ausschüsse in gegenseitiger Abstimmung und in eigener Verantwortung vor.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Wiesbaden, 7. Juli 2014

Der Fraktionsvorsitzende:
Rentsch